

Der Streit zieht weitere Kreise

Diskussion um Strukturreform angeheizt

Kiel – Der Protest der Landräte hat die Diskussion über die von der großen Koalition geplante Verwaltungsstrukturreform kräftig angeheizt. SPD-Fraktionschef Lothar Hay stellte unmissverständlich klar: „Die Entscheidung trifft der Landtag und nicht die Landräte-Konferenz.“

Von Uta Wilke

Schwarz-Rot setze den Koalitionsvertrag im Verhältnis eins zu eins um, betonte der Fraktionschef. „Es wird vier bis fünf Verwaltungsregionen mit Landesaufgaben und Aufgaben der kommunalen Ebene geben.“ Der Kieler SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Rolf Fischer redete ebenfalls Klartext: „Die Haltung der Landräte ist kontraproduktiv.“ Und: „Wenn wir uns in K.E.R.N. erfolgreich aufstellen wollen, dann benötigen wir einen intensiven und vertrauensvollen Dialog zwischen Kiel und den benachbarten Kreisen.“ Die Landräte aus Plön und Rendsburg-Eckernförde sollten ihre Haltung „vor dem Hintergrund der anstehenden und gewollten K.E.R.N.-Reform sofort überdenken und ändern“, forderte Fischer.

Die CDU-Fraktion schlug moderatere Töne an. Deren innenpolitischer Sprecher, Peter Lehnert, begrüßte es, dass der Landkreistag seine Vorschläge entscheidend daran ausgerichtet habe, zu einer besseren, billigeren und bürgernäheren Erledigung staatlicher Aufgaben zu kommen. „In diesem Ziel sind wir uns einig“, erklärte er. „Über den Weg wer-

den wir uns zu einigen haben.“ Vernichtende Kritik an Schwarz-Rot kam erneut von den Grünen. Die Landesregierung sollte den Mut haben, offen eine Gebietsreform in Angriff zu nehmen – also die bisherigen Kreisgrenzen aufzulösen. „Alles andere ist nur Murks, schafft Chaos in den Strukturen und schadet der kommunalen Demokratie“, sagte der Abgeordnete Karl-Martin Hentschel. Und Günther Hildebrand von der FDP kritisierte: „Wir gehen davon aus, dass die Verwaltungsregionen der erste Schritt zu einer Gebietsreform mit vier bis fünf Großkreisen sind.“ Es wäre ehrlicher von der Landesregierung, dies auch offen zu sagen.

Gestern ging es aber auch um den anderen Teil der Verwaltungsstrukturreform, nach dem hauptamtlich geführte Kommunalverwaltungen künftig mindestens 8000 Einwohner betreuen müssen. Innenminister Ralf Stegner warnte auf einer Einwohnerversammlung in Ellerau im Kreis Segeberg davor, sich in einen „sinnlosen Kampf gegen Windmühlenflügel“ treiben zu lassen. Dort ist für den 5. März ein Bürgerentscheid zu der Frage geplant, ob die rund 5400 Einwohner zählende Gemeinde einen hauptamtlichen Bürgermeister behalten soll. Bürgerentscheide, mit denen landesgesetzliche Regelungen unterlaufen werden sollen, „stehen nicht zur Disposition der kommunalen Selbstverwaltung“, sagte Stegner. Er verwies darauf, dass das „Erste Verwaltungsstrukturreformgesetz“ zu den Mindestgrößen der Verwaltungen voraussichtlich in der März-Sitzung des Landtags beschlossen wird.

KN, 24.02.2006, S. 16